Nr. 18. 2. Ausgabe. Auflage 100000 täglich. Sonntag, 19. Januar 1908.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 8807. Expedition Nr. 4571. Verlag 542.

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 20 Pf., für auswärts 30 Pf., für das Ausland 40 Pf. Tabellensatz 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühren 20 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nich. garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen, sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Ausland nehmen Inserate zu Originalpreisen und -rabatten an.

Abonnement:
In Dresden und Vororten monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Mk. frei Haus. Mit der Beilage „Illustrirte Neueste" 10 Pf. oder mit der Beilage „Dresdner Fliegende Blätter" 15 Pf. pro Monat mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 79 Pf., pro Quart. 2,36 Mk.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 69 „ „ „ 2,06 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,58 Kr., pro Quart. 4,72 Kr.
Ausg. B ohne Illustr. Beilage „ 1,42 „ „ „ 4,25 „
Nach dem Auslande per Kreuzb. pr. Woche 1 Mk. Einz. Numm. 10 Pf.

Diese 32seitige Sonntags-Frühausgabe umfaßt mit der 10seitigen 1. Sonntags-Ausgabe zusammen 42 Seiten. Roman siehe Seiten 21 und 22. Unterhaltungsblatt und Frauenzeitung Seiten 17 und 18. Briefkasten Seite 25.

Fürst Bülow, der Reformer.

Fürst Bülow, dessen staatsmännische Weisheit eingeschlossen ist in des Blockes heiligen Registern, hat jetzt gleichzeitig zwei wundervolle Gelegenheiten in der inneren Politik, seinen Erfindergeist und seinen staatsmännischen Blick zu betätigen. Dieser Geist und dieser Blick haben sich in den letzten Tagen deutlich gezeigt in der Art, wie der Kanzler die Wahlrechtsfrage in Preußen zu lösen gedenkt. Der wendungsfähigste aller Minister, die jemals auf dem Asphalt der Wilhelmstraße schritten, hat eine Formel gefunden, wie der große Alexander. Hat versucht, den gar nicht so schwer entwirrbaren Knoten an dem preußischen Staatswagen unter dem beifälligen Nicken seiner reaktionären Freunde einfach zu durchhauen. Dabei hat Bernhard, der Große, ganz übersehen, daß er, statt den Knoten zu lösen, die erste Operation an dem Block vornahm. Er vergaß auch gänzlich, daß moderne Staatsfragen nicht mit einem parteiischen Sic volo gelöst werden. Just zur selben Zeit, als Fürst Bülow erklärte, daß der Gedanke des Reichstagswahlrechts nicht übertragbar sei auf die Parlamente in den Bundesstaaten, und daß dem preußischen Volke für seinen Landtag das infamste „elendeste aller Wahlsysteme", wie Bismarck es nannte, erhalten bleiben müsse, sprach König Friedrich August von Sachsen zum zweiten Male öffentlich sein Wohlgefallen aus an den letzten Reichstagswahlen in Sachsen. Die Bevormundung und die feine Moral eines nicht geheimen Wahlrechts, die der innerlich so enorm weit fortgeschrittene Reichskanzler im allgemeinen für die Bundesstaaten gefordert hat, scheint danach und nach dem Echo aus Bayern und Württemberg doch nur in Preußen unerläßlich. Vielleicht ist sie dort notwendiger, weil bekanntlich jeder Preuße das verbriefte Recht hat, offen seine Meinung zu sagen.

Wäre Preußen nicht der führende Bundesstaat, so könnte man von uns aus dem anmutigen Schauspiel, das Bülows moderner Geist inszeniert, mit Behaglichkeit zuschauen. Aber der Mann, der an der Spitze der Reichsgeschäfte steht, der die preußische Wahlrechtsfrage ganz im Sinne der agrarischen Reaktion und der preußischen Junker „löste", hat auch die Frage der Reichsfinanzen zu lösen. Auf diesem Wege verdankt ihm das deutsche Volk bis jetzt eine Verteuerung seiner Lebensmittel, wie sie seit dem Bestehen des Reiches noch nicht dagewesen ist. Verdankt ihm die schwerste Belastung der Industrie und des Handels und aller an diesen Erwerbszweigen interessierten Arbeiter zugunsten der Großagrarier. Verdankt ihm die herrliche Verkehrsreform, deren Erträgnisse zwar nur die Hälfte des Voranschlags ergeben, die aber jedenfalls geeignet ist, den Verkehr, gegen den ja bekanntlich gewisse Herren ganz besonders eingenommen sind, nach Möglichkeit zu hemmen und einzuschränken. Nach allen diesen Anzeichen ist zu erwarten, daß Fürst Bülow die Reichsfinanzfrage in demselben Geiste „lösen" wird, wie die Wahlrechtsreform in dem größten Bundesstaate, dessen Ministerpräsident er ist.

Bekanntlich ist es in Preußen unmöglich, daß die Wähler der 3. Klasse überhaupt einen Kandidaten ins Abgeordnetenhaus bringen. Auch der Mittelstand ist insbesondere auf dem Lande, wo der Großgrundbesitz die Wahlen macht, ohne jeden Einfluß. Dabei steht zum Beispiel hinter den 33 freisinnigen Landtagsabgeordneten eine erheblich größere Steuerleistung, als hinter den sämtlichen 208 Konservativen. Was in Preußen bei dem von dem Fürsten Bülow und seinen Getreuen verteidigten, nun auch den andern Bundesstaaten vom Kanzler indirekt zugemuteten Wahlrecht möglich ist, zeigt ein Beispiel aus dem Landtagswahlkreis Berlin III. Dort wohnt im Wahlbezirk 709 die Familie Böhow, Großbrauer und Großgrundbesitzer. In der ersten Klasse wählt ein Herr Böhow, in der zweiten Klasse ein andrer Herr Böhow und die sämtlichen 571 andern Wähler sind in der dritten Klasse. Es wählen also die beiden Herren Böhow, also zwei Bürger, doppelt so viel Wahlmänner, als die andern 571 Wähler zusammen. Was die Oeffentlichkeit des Wahlverfahrens moralisch dem Staate nützt, zeigt der Vorgang bei der Reichstagswahl 1903 in Großjatzwer im Kreise Kolberg-Köslin. Zwei konservative Rittergutsbesitzer waren dort Wahlvorsteher und stellvertretender Wahlvorsteher. Die zwei feudalen Herren nahmen Stimmzettel, die nicht auf den konservativen Kandidaten Malkewitz, sondern auf den liberalen Dr. Barth lauteten, einfach weg und legten dafür gefälschte Stimmzettel auf den Namen Malkewitz in die Urne. Dieser Betrug kam allerdings heraus. Die schneidigen Herren wanderten dafür 6 Wochen in das Gefängnis, in das Maximilian Harden 4 Monate gehen soll, weil er eine sehr entschiedene Aeußerung des Fürsten Bismarck anders aufgefaßt hat als Dr. Paul Liman. Eine milde Strafe also. Und die Fälle, in denen die famose Oeffentlichkeit des Landtagswahlrechts die Handhabe gibt, die Wahlen ganz nach Wunsch zu beeinflussen, ohne daß man sich dabei, wie die zwei Herren bei der geheimen Reichstagswahl, einer Gefahr aussetzt, können natürlich den Reichskanzler nicht veranlassen, die Oeffentlichkeit abzuschaffen.

Von der gleichen Volksfreundlichkeit wird Fürst Bülow beseelt sein bei der Lösung der Finanzfrage. Wir wissen schon, was Bülow und seine Freunde unter Reichsfinanzreform verstehen. Nicht etwa direkte Reichssteuern, die sich der Leistungsfähigkeit anpassen. Unter Finanzreform versteht man vielmehr Biersteuer, Zigarrensteuer, Zigarettensteuer, Fahrkartensteuer, Verteuerung des Telephonverkehrs und des Portos usw. Lauter Steuern, die vor allem den Großgrundbesitzern nicht weh tun. Eine Reichsvermögenssteuer z. B. steht dem agrarischen Reichskanzler nicht im Bereiche der Möglichkeit. Sie würde progressiv die großen Vermögen stärker heranziehen. Der Reichstag hätte in jedem Jahre die Möglichkeit, den Prozentsatz dieser Vermögenssteuer nach dem Geldbedarf des Reiches festzusetzen. Das wäre das Ende der Schuldenwirtschaft und der Anfang zur Sparsamkeit. Denn wenn die reichen „Patrioten", die die Wahlen und Gesetze machen und die andern nur Steuern bezahlen lassen, bei jeder Mehrausgabe das Anziehen der Steuerschraube am höchsteigenen Leibe verspürten, so würde darunter ihr ganz eigenartiger Patriotismus und die Ausgaben dafür, die jetzt von andern bezahlt werden, etwas nachlassen. Dabei kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Verfassungsgeber, daß Fürst Bismarck direkte Reichssteuern der Entwicklung entsprechend vorausgesehen hat. Wenn es im Artikel 70 heißt, daß die Mittel für die Reichsausgaben, soweit sie nicht aus den Zöllen und den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und den Einnahmen aus dem Post- und Telegraphenwesen bestritten werden können, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen sind, und wenn dabei ausdrücklich gesagt wird, daß diese Bestimmung allerdings nur gelten soll, „solange Reichssteuern nicht eingeführt sind", so liegt es nicht im Geiste der Verfassung und ihres Ausbaues, sondern nur im Geiste des Kanzlers und seiner reaktionären Freunde, wenn an der Finanznot des Reiches immer wieder mit teueren und unnützen Arzneimittelchen herumgedoktert wird. Und es liegt nicht im Geiste der Verfassung, daß das Volk diese Staatskurpfuscherei bezahlt. Die „Veredelung der Matrikularbeiträge" hat sogar eine entschiedene Ablehnung gefunden bei Politikern, wie Finanzminister Dr. Rüger und Geheimrat Opitz. Das wäre an sich geeignet, für diese Veredelung Sympathien zu erwecken, wenn es nicht auf der Hand läge, daß die jetzige Art der Vermögensbesteuerung in den Bundesstaaten auch nach der „Veredelung" nicht die geringste Garantie dafür gibt, daß die wirtschaftlich stärkeren Schultern auch stärker für die Matrikularbeiträge belastet werden. Fürst Bismarck wußte gewiß — er war beinahe so talentiert, aber nicht ganz so wandlungsfähig wie sein heutiger Nachfolger in der Wilhelmstraße — daß die Berechnung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl in den Bundesstaaten keine absolut gerechte sein kann. Von der „Veredelung" aber, die nicht etwa eine neue Idee ist, wollte er nichts wissen.

Wenn aber jetzt die größeren Bundesstaaten mit ihrem größeren Steuererträgnis auch stärker zur Schuldendeckung herangezogen werden sollen, so bedeutet das speziell auch für Sachsen eine Bevorzugung, die man nicht aus partikularistischen Gründen, wohl aber deshalb ablehnen muß, weil die wirtschaftlich Schwächeren zuletzt doch wieder zu der Mehrleistung herangezogen werden.

Deshalb gibt es für einen wirklichen weitschauenden Staatsmann nur direkte Reichssteuern, wie es nur ein direktes Wahlrecht geben kann auf die Dauer. Mag sich der Block und sein patentierter Erfinder aus taktischen Gründen noch kurze Zeit halten. Die Masse ist glasspröd und das Tauwetter des Frühlings wird das seltsame Gebilde nicht überleben. Das Volk aber wird bald genug verspüren, ob seine Vertreter die große „Reform" im Geiste Bülows oder im Interesse des Volkes machen. Und es kann vom Fürsten Bülow eines lernen: Wie man ungefälligen Abgeordneten die Kabinettsfrage stellt.

_

Militärischer Anschauungsunterricht.

Von unserem Wiener id.-Korrespondenten.

Wien, 17. Januar.

Die Zeiten haben sich doch einigermaßen geändert. Wenn früher ein Zivilist in militärische Sachen seine Nase steckte, gab's helle Entrüstung auf der ganzen Linie, vom Kriegsminister bis zum Feldwebel. Votieren, ja, das erlaubte man den Zivilisten; das Armeebudget zu bewilligen, das seine bekannte „natürliche Steigerung" alljährlich in runden Millionen in die Erscheinung treten ließ, war gestattet. Aber Einblick in die Sachen nehmen, um sich ein selbständiges Urteil zu bilden, das galt als Sakrileg. Da galt der Satz: Odi profanum vulgus et arceo. Nur hübsch fern bleiben, nur nicht hineinschauen! Das war eine ganz verfehlte Taktik. In ein je tieferes Geheimnis man die Militaria hüllte, desto mißtrauischer wurden die Abgeordneten, die sich übertölpelt glaubten, und mit desto größerem Widerwillen votierten sie das Budget. Noch der zweitletzte Kriegsminister, Baron Krieghammer, pflegte die Delegierten anzuschnauzen, wenn sie in die Geheimnisse der Armeeverwaltung etwas tiefer eindringen wollten, und diese alberne Geheimtuerei machte die Leute erst recht stutzig. Schon Krieghammers Nachfolger, Baron Pitreich, war mitteilsamer und in den Sitzungen des Heeresausschusses der Delegationen gab er wiederholt Privatissima zum besten, in denen er die sekretesten Dinge mit einer Nonchalance beplauderte, daß seinen Sektionschefs die Haare zu Berge stiegen.

Der jetzige Kriegsminister Feldzeugmeister Schönaich, der schon wiederholt die ihm angetragene Baronie ausgeschlagen hat, fühlt sich ganz als Kind seiner Zeit und als Sohn seines Volkes, trotz der langen und glänzenden militärischen Laufbahn, die er zurückgelegt hat. Er ist für Berufspolitiker, ob sie nun Abgeordnete oder Journalisten sind, zu allen Auskünften und Aufklärungen stets bereit und in liebenswürdigster und zuvorkommendster Weise erteilt er alle erforderlichen Informationen, von der gewiß richtigen Auffassung ausgehend, daß dadurch dem Festsetzen falscher Anschauungen und Vorurteile und dem Umsichgreifen des Mißtrauens am besten vorgebeugt werde. Er hat große Pläne. Er will die zweijährige Dienstzeit auch bei uns einführen und damit im Zusammenhange steht eine erhebliche Steigerung des jährlichen Rekrutenkontingents. Er will die alte ganz antiquierte Militärstrafprozeßordnung reformieren und ein modernes Gesetz an ihre Stelle setzen mit öffentlichem Verfahren und Zulassung von Zivilverteidigern. Er will die Existenzmöglichkeit der Offiziere durch Erhöhung ihrer Gagen während der Aktivität und durch Schaffung eines Versorgungsgesetzes für die Zeit ihres Ruhestandes sichern. Er will die Mannschaftslöhne steigern und die Mannschaftskost verbessern. Er will die Aktion zur Neuausrüstung der Artillerie mit Feld- und Gebirgsgeschützen zu Ende führen. Noch andre zeitgemäße Reformen liegen ihm im Kopfe und am Herzen. Zu all dem braucht er die Unterstützung der Oeffentlichkeit, die Popularisierung seiner Pläne. Da das, was er will, gut und daran nichts zu verbergen ist, spielt er mit offenen Karten. Durch den Chef der Artillerie-Sektion im Kriegsministerium Feldmarschall-Leutnant Kropatin läßt er ein überaus fein ausgeführtes zierliches Modell des neuen Feldgeschützes und eines dazu gehörigen Munitionswagens anfertigen, um es im Heeresausschusse den Delegierten zu demonstrieren. Ueber die Tragfähigkeit des neuen Geschützes haben Schießversuche auf den großen Schießplätzen in Niederösterreich in Gegenwart der Delegierten schon im

Rund um den Kreuzturm.

Unter den vielen guten und weisen Beschlüssen, die der Rat zu Dresden im vergangenen Jahre gefaßt hat, war auch der, daß es vom kommenden April ab den holden Mägdlein der Stadt vergönnt sein solle, gemeinsam mit den Herren Jungens zur Kreuzschule und einigen andern Gymnasien zu wandern, die blauweiße Mütze flott zu tragen und ihres Herzens Kämmerlein den leichten Liebesliedern des Horaz wie den verzwickten Formeln der Algebra zu öffnen.

Der Rat gedachte damit die Koëdukation in Dresden einzuführen, d. h. Jünglinge und Mädchen sollten gemeinsam vom Wissensbaume der Erkenntnis pflücken. Diese Hoffnung ist nun vorläufig zu Wasser geworden, wie die Eisbahn. Die kleinen süßen Mädel sehen sich in Wahrheit in den April geschickt. Sie nehmen traurig die gelehrte Brille, die sie schon gekauft, um sich ein ehrwürdiges Ansehen zu geben, wieder ins Futteral und versenken sie verschämt im Nähkörbchen.

Warum aber ward die kleine Eva wieder von dem Paradies vertrieben, das man ihr, wie einst Mosen das gelobte Land, schon von fern gezeigt hatte? Hatten die Väter der Stadt sich etwa plötzlich daran erinnert, daß es auf der Kreuzschul' einst vor langen grauen Jahren oft nicht eben zart und züchtig zugegangen ist? Damals, als die „Schützen" und „Bachanten" von der Schule sich in wilden Schlachten mit den Bürgern maßen, als blutige Fehde tobte zwischen den braven Rittern vom Pech und von der Ahle, den Schustergesellen, und den Scharfschützen des Abc? Als die „Bachanten" sich die magere Schulkost, die Wassersuppen und das harte Brot des Konvikts, nicht selten durch einen fetten Gänsebraten würzten, den die Jüngeren, die „Schützen", ihnen mit Gefahr des schwer bedrohten Allerwertesten, das sie besitzen, in der nahen Borngemeinde stahlen? Steht uns doch ein sichtbares Denkmal dieser rauhen Zeit am Ferdinandplatze in dem Gänsediebbrunnen, der den wackeren Thomas Platter darstellt, wie er die Küche des Konvikts mit den schnatternden Vögeln der Gans versorgt. Der Platter aber ist doch nachher ein gelehrtes Haus geworden, ein Rektor sogar, und ist ehrbar mit seiner Hausfrau gehaust zu Basel. Darum heißt's auch hier: bange machen gilt nicht! Die Zeiten sind ja in den fast vierhundert Jahren, die seitdem verflossen, ganz andre geworden, sie haben sich gebessert und wir mit ihnen.

Doch, daß ich's gleich vorweg sage! Nicht die Väter der Stadt sind es diesmal gewesen, die der kleinen Eva die Pforte zum Paradiese plötzlich vor der Nase wieder zuschlugen, sondern die Regierung.

Das Kultusministerium hat sein Veto eingelegt mit dem Bemerken, daß es „eine anderweitige" Regelung des höheren Mädchenschulwesens beabsichtige.

Da eine solche anderweitige Regelung erfahrungsgemäß in Sankt Bureaukratii Tempel nicht so schnell vor sich zu gehen pflegt, so werden die armen kleinen Damen vielleicht alt werden wie Methusalem, eh' sie das Cerevis dereinst aufs blonde Lockenköpfchen drücken dürfen. Und die Technische Hochschule in Dresden, die seit Beginn des Wintersemesters die erste akademische Bürgerin in ihren Mauern sieht, wird sich noch lang' gedulden müssen, eh' ihr, wenigstens aus der Vaterstadt, weiterer Zuzug kommt.

Da fällt mir nun ein, daß gerade in diesen Tagen ein hoher Beamter der Regierung, freilich der preußischen, der Ministerialdirektor Dr. Thiel im Ministerium für Landwirtschaft, ganz eigenartige und sicher hochinteressante, wenn auch zuweilen ein wenig boshafte Gedanken über diese Fragen ausgesprochen hat.

Auch in Preußen führen bekanntlich, wie bisher in Sachsen, die Mädchen einen grimmen Kampf um die Freigabe der höheren Knabenschulen resp. um die Errichtung von weiblichen Gymnasien. Da spricht nun der Herr Ministerialdirektor in einem Vortrage, der im Januarheft der „Deutschen Revue" veröffentlicht wird, auch von der Koëdukation, der „berühmten Streitfrage der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter", wie er sich ausdrückt, und meint wörtlich: „Für den eigentlichen Schulunterricht halte ich diese Gemeinsamkeit für am wenigsten bedenklich; was in den Elementarschulen, zumal auf dem Lande, vielfach notgedrungen stattfindet, sollte doch auch in den Schulen der höheren Bildung zulässig sein, obgleich hier in den oberen Klassen die Altersverhältnisse anders liegen."

Das ist ohne Frage eine ganz unbefangene, aufgeklärte Art, die Dinge anzusehen und die Damen werden doch erfreut sein, hier einen so angesehenen Bundesgenossen aus dem stärkeren Geschlecht zu begrüßen.

Freilich hat der Vortragende bereits zuvor den Frauen eigentlich einen andern Weg gewiesen; er macht kein Hehl daraus, daß ihm das Streben nach bloßer Nachahmung der männlichen Bildung überflüssig oder unzweckmäßig scheint. Aus tiefer echter Bildung und Lebensweisheit heraus erklingt die Wahrheit, daß der Wert des Wissens vielfach überschätzt werde, indem man glaube, das Glück allein in der Vermehrung des Wissens finden zu können. „Dauernd befriedigen kann nicht das immer doch nur Stückwerk bleibende Wissen, sondern nur die Arbeit zur Vermehrung des Wissens und das dadurch erlangte Gefühl geistigen Vermögens."

Mit feiner Ironie schildert der hohe Beamte, der doch auf der Leiter der sogenannten „Karriere" so ziemlich die höchste Stufe erklommen hat, die Bemühungen der jungen Mädchen, nur um der Gleichberechtigung willen „all das Zeug zu lernen, mit dem die Schüler auf den Gymnasien gequält werden", was ihnen bei der bekannten weiblichen Energie vielfach besser und schneller gelungen sei als Max oder Moritz, den bösen Buben.

„Wieviel fruchtbringender", so heißt es weiter, „hätte all die Arbeit der Frauen um die Gleichberechtigung sein können, wenn sie sich zunächst auf all die freien Berufe geworfen hätten, die kein staatlicher Cerberus bewacht, und wenn sie dann in wirklich modernen, ihrer Eigenart und ihren Zielen angepaßten Schulen gezeigt hätten, daß sie es in wirklicher Bildung auf diesem Wege weiter bringen könnten als die Männer in ihren Schulen."

Und nun wird mit schalkhaftem Humor der Spieß umgedreht: „Welcher Triumph wäre es dann geworden, wenn kluge Eltern für diejenigen ihrer Söhne, die nicht auf einem staatlich konzessionierten Beruf lossteuern, um Aufnahme in eine solche Mädchenschule gebeten hätten, statt, wie jetzt, umgekehrt."

Man sieht, der Verfasser hat wahrlich keine geringe Meinung von dem weiblichen Geschlecht und es wird die verehrten Leserinnen gewiß interessieren, wenn ich noch mit einigen leichten Strichen dem Bilde der Eva nachgehe, das da gezeichnet wird.

Als Quelle alles Uebels erscheint natürlich auch hier die verminderte Heiratsmöglichkeit und der zahlenmäßige Ueberschuß der Frauen über die Männer. Der Verfasser weist nun den gebildeten Frauen, die ihr innerer Drang oder äußere Verhältnisse auf die Ausübung eines Berufes hinweisen, vor allem das Lehren und das Pflegen, sowie das große Gebiet der sozialen Arbeit zu, auf dem die Aufgaben der Zukunft ständig wachsen würden. So wahr es nun ist, daß hier vor allem auch die Herzenseigenschaften der Frau die schönste Gelegenheit finden, sich zu entfalten, so sehr wird man es begreiflich finden, wenn von andrer Seite die Forderung erhoben wird, daß jenen Frauen, die nun einmal einen „männlichen" Geist in sich verspüren, auch der Weg zu andern Betätigungen offenstehen soll. Und der Verfasser selbst geht darin schon so weit, daß er den Frauen das Wahlrecht zugestehen will. Freilich nicht das allgemeine politische Wahlrecht, wie das die Frauen jetzt gerade in England mit so echt weiblichen Waffen, mit Zähnen und mit Krallen, zu erstreiten suchen. Aber auf kommunalem und kirchlichem Gebiete, in der Armenpflege, Kirchen- und Schulverwaltung möge man den selbständigen Frauen das aktive und passive Wahlrecht unbedenklich zugestehen.

Was die soziale Arbeit der Frauen anbetrifft, so schreckt der Verfasser sogar davor nicht zurück, unter Umständen den einjährig-unfreiwilligen Dienst für die Frauen zu verlangen, um sie in allen Zweigen sozialer Tätigkeit, der Kranken- und Armenpflege usw. auszubilden. Ein einjährig-freiwilliges Dienstjahr der Frauen ist bekanntlich auch von andrer Seite bereits ganz ernsthaft vorgeschlagen worden.

Doch sei dem, wie ihm wolle. All das sind doch für weitaus die Mehrzahl der Mädchen und Frauen nur Notbehelfe, und es wird wenig Frauen geben, die nicht all ihren Ehrgeiz und ihr Streben, ob sie nun, ach! Philosophie, Juristerei und Medizin und leider auch Theologie durchaus studiert mit heißem Bemühen, die nicht alle ihre Gelahrtheit mit Freuden opferten für ein eigenes, glückliches Heim.

Zwar meint der Herr Ministerialdirektor lächelnd, daß man so etwas auszusprechen heute gar nicht wagen dürfe. Denn fange man an, auch die stille häusliche Tätigkeit als ein wichtiges Feld weiblicher Wirksamkeit hervorzuheben, so könne man gewiß sein, im besten Falle als ein durchaus rückständiger Mensch mitleidig belächelt zu werden. Auf die Küche dürfe man schon gar nicht verweisen. „Als ob" — sagt der Herr Ministerialdirektor, beileibe nicht etwa ich — „als ob nicht zum Kochen mehr Verstand und Geschick gehörten, als zu einer Menge höchst ehrenvoll angesehener männlicher Arbeit."

Wie sehe ich da Trine und Mine, die drallen Küchenfeen, schmunzeln, stolz stehen sie da, den Kochlöffel, ihrer Würde Zeichen, kampflustig in die Seite gestemmt. Ach, sie sind uns jetzt schon unbezahlbar. Wie wird ihr Wert erst steigen nach dieser Anerkennung von hochamtlicher Stelle! Und doch hat der Herr Ministerialdirektor recht. Aber er geht noch viel weiter, auf die Gefahr hin, das ganze Männergeschlecht tödlich zu beleidigen. Er sagt: „Wenn man das Kochen

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1908011902/1